

## **Auf Worte müssen jetzt auch Taten folgen**

*Beschlossen auf dem Bundeskoordinierungstreffen vom 18.-20. Mai 2012 in Frankfurt*

Ende April trafen sich in Bukarest die zuständigen MinisterInnen der 47 Bologna-Staaten zur MinisterInnenkonferenz. Ziel dieser alle drei Jahre stattfindenden Treffens ist es, die bisherigen Umsetzungsprozesse der Bologna-Ziele nachzuvollziehen, einzelne Punkte zu bekräftigen und neue Zielvereinbarungen zu treffen.

Viele gute Absichten, wenig Verbindlichkeit. Das kennzeichnet diese Konferenzen und daher ist es auch nicht verwunderlich, dass wieder einmal viele unkonkrete Absichtsbekundungen im abschließenden Dokument, dem sogenannte Bucharest Communiqué, festgeschrieben wurden. Dabei liegt die Dringlichkeit für gute und öffentlich finanzierte Hochschulbildung auf der Hand: In Zeiten der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise und extrem hoher Jugendarbeitslosigkeit in vielen Ländern ist die Hochschulbildung als ein Weg aus der Krise wichtiger denn je. Kürzungs- und Sparpolitik dürfen nicht zulasten von Bildung und Wissenschaft gehen. Vielmehr muss die akademische Bildung als Chance und für die Gesellschaft als eine Investition in die Zukunft verstanden werden.

Hochschulen müssen sich weiter öffnen und für alle gesellschaftlichen Gruppen zugänglich sein - darin waren sich die MinisterInnen in Bukarest einig. Jetzt ist es an den Regierungen der einzelnen Staaten, diese Absichtserklärungen in politische Prozesse umzuwandeln und entsprechende Maßnahmen durchzusetzen.

In Deutschland spitzt sich die Situation an den Hochschulen durch das Rekord-Hoch an StudienanfängerInnen im Wintersemester 2011/2012 immer weiter zu. Bisher schauen Bund und Länder nahezu teilnahmslos zu, während die Hochschulen aus allen Nähten platzen und dennoch viele StudienbewerberInnen leer ausgehen. Wir haben genug von Absichtsbekundungen und Schönrede: Jetzt müssen mit öffentlichen Mitteln schnell deutlich mehr Studienplätze geschaffen und die soziale Infrastruktur adäquat ausgebaut werden. Die steigenden Studierendenzahlen müssen als Chance begriffen werden - niemand, der oder die studieren möchte, darf aufgrund fehlender Kapazitäten abgewiesen werden. Nur so werden aus den Worten auch Taten!

Außerdem brauchen wir endlich eine echte qualitative Studienreform, bei der das Studium als Ort kritischer Wissenschaft und emanzipativer Bildung verstanden wird und die Studiengänge qualitativ deutlich aufgewertet und verbessert werden. Dazu muss die Lehre deutlich verbessert werden. Wir brauchen viel mehr auch in der Lehre qualifizierte ProfessorInnen und mehr wissenschaftliches Personal, um individuelle Betreuung und individuelles Lernen zu ermöglichen. Außerdem müssen Lehrpersonen gut und kontinuierlich didaktisch geschult werden, damit pädagogisch gute Wissensvermittlung und

moderne Lehr- und Lernformen umgesetzt und die Lehre an Hochschulen auch auf aktuellen Forschungsergebnissen aufbauen kann. Dazu gehört auch, dass prekären Anstellungsverhältnissen in der Wissenschaft ein Ende gesetzt wird. Gute Lehre kann nicht stattfinden, wenn nur kurzzeitige und befristete Verträge vergeben und unangemessen niedrige Löhne gezahlt werden. Wir setzen uns daher für gute Arbeitsverhältnisse an den Hochschulen ein.

Zur Öffnung der Hochschulen gehört auch eine Gleichstellung von beruflicher und akademischer Bildung. Die Hochschulen müssen aktiv daran mitarbeiten, dass mehr beruflich Qualifizierte ein Studium aufnehmen und künstlichen Zugangshürden abbauen! Außerdem muss aktiv daran gearbeitet werden, dass mehr Kinder aus ArbeiterInnenfamilien an die Hochschulen kommen, denn noch immer sind diese deutlich unterrepräsentiert. Das zeigt sich auch bei der Mobilität. Die passend zur MinisterInnenkonferenz veröffentlichte Studie des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB) zeigt ganz deutlich, dass der Anteil der Studierenden, die einen Teil ihres Studiums im Ausland verbracht haben, in den letzten zehn Jahren nur geringfügig gestiegen ist (1997 waren 12,7% der Studierenden im Ausland, 2006 waren es 13,2%). Der Anteil der Kinder mit nicht-akademischem Hintergrund ist sogar um 3,4% gesunken.<sup>1</sup> Dieser Entwicklung gilt es entgegenzuwirken!

Wie fordern Bund und Länder auf, die Absichtserklärungen aller MinisterInnenkonferenzen, der aktuellen und der vorherigen, ernst zu nehmen und schnell Maßnahmen zu ergreifen um diese Ziele in die Tat umzusetzen! Wenn sie das nicht schaffen, dann wäre das ein für allemal der Beweis dafür, dass solche Konferenzen lediglich Schaufensterpolitik darstellen und damit überflüssig sind. Außerdem fordern wir Bunde und Länder zur kritischen Bewertung der Bologna-Umsetzung in Deutschland und in anderen Bologna-Staaten auf. Die Bologna-Ziele müssen endlich durchgesetzt werden und nicht durch landesspezifische Besonderheiten verhindert werden.“ Blumige Worte und unkonkrete Papiere gab es seit dem Beginn des Bologna-Prozesses genug, doch den Studierenden helfen nicht Worte sondern Taten.

---

<sup>1</sup> WZB-Brief Bildung, 20. April 2012: [http://bibliothek.wzb.eu/wzbrief-bildung/WZBriefBildung202012\\_finger.pdf](http://bibliothek.wzb.eu/wzbrief-bildung/WZBriefBildung202012_finger.pdf)